

Nepals Weg zur Demokratie

2. Teil

20.4.1990

Es soll eine kleinere Demonstration aus dem Kreis der Linksruppen gegen die Zusammensetzung des neuen Kabinetts gegeben haben.

23.4.1990

Im Volk steigert sich der Unmut gegen den Palast. Polizei und Militär unterstehen weiterhin direkt dem König; das neue Kabinettt hat keinen Einfluß. Demonstranten fordern daher in Kathmandu, Polizei und Militär dem Ministerrat zu unterstellen. Außerdem wird der Ruf nach einer sofortigen Ablösung der Zonenkommissare (Ancaladhis) laut, die direkt vom König ernannt worden sind und in den 14 Verwaltungszonen Nepals für Ruhe und Ordnung zu sorgen haben. Im Verlauf der Demonstration kommt es zu Ausschreitungen; aufgeregte Demonstranten greifen Polizisten und - wie es heißt - als Polizisten verkleidete "Mandaliya" an, lynchen einige von ihnen und schleifen sie vor den Königspalast. Wie schon bei früheren Demonstrationen eröffnet die Polizei das Feuer. Es gibt wieder zahlreiche Opfer; man spricht von bis zu 10 Toten und über 70 Verletzten. Es wird eine nächtliche Ausgangssperre über Kathmandu verhängt, die in der Folgezeit zwar mehrfach verkürt, aber erst am 10. Mai wieder völlig aufgehoben wird, und das Militär kontrolliert die Straßen.

Die im Volk verhaßten "Mandaliya" (Randaliererbanden) waren von der Panchayat-Regierung während der Demokratiebewegung bewußt eingesetzt worden (sie sollen bis zu 300 Rupien pro Tag erhalten haben), um die Bewegung in Verruf zu bringen. Bereits bei den Unruhen von 1979, die damals zum Referendum über das Panchayat-System führten, war die Regierung ähnlich verfahren. Sie hatten ihren Ursprung in den sechziger Jahren, als die Panchayat-Regierung Schüler und Studenten kaufte, um sie als Spitzel gegen Sympathisanten der verbotenen Parteien an Universität und Schulen einzusetzen. Da diese Gruppen später im 'Rastravadi Svatanttra Vidyarthi Mandal' (RSVM), der Studentenvereinigung des Panchayat-Systems institutionalisiert wurden, werden sie allgemein als "Mandaliya" oder "Mandale" bezeichnet.

Seit der Beendigung des Panchayat-Systems am 16. April streifen diese Banden nachts durch die Stadt, dringen in Privathäuser ein, rauben und plündern. Es mehren sich die Informationen, daß diese Banden ihren Auftrag vom Palast erhalten.

27.4.1990

Nachdem man im Volk zunehmend unruhig geworden ist über die weiteren Maßnahmen der Regierung, leitet der Ministerrat einen weiteren wesentlichen Schritt zur Abschaffung des Panchayat-Systems ein. Mit sofortiger Wirkung werden alle Dorf-, Stadt- und Distrikt-Panchayats aufgelöst. Es wird jedoch nicht mitgeteilt, wie diese Verwaltungslücke so rasch wieder geschlossen

werden soll. Gleichzeitig wird bekannt, daß alle Staatssekretäre, also die höchsten Verwaltungsbeamten, ausgetauscht werden sollen. Ein weiteres Amt, das harter Kritik ausgesetzt ist, ist das des Polizeichefs.

Der Ärger im Volk über die Königin nimmt zu. Er zeigt sich äußerlich schon darin, daß man in Häusern und an Tempeln das Bildnis der Königin entfernt hat; der König wirkt wie ein Witwer. Es ist auf den Straßen Kathmandus ein offenes Geheimnis, daß Königin Aishvarya Rajya Lakshmi Devi Shah, die in Anlehnung an die Gattin des früheren philippinischen Diktators "Imelda" gerufen wird, in mehreren westlichen Ländern Bankkonten mit hohen Beträgen unter dem Namen Pampa Devi Thakuri angelegt hat. Königin Aishvarya traut sich kaum noch in die Öffentlichkeit und hat zahlreiche ihrer Ämter, darunter das der Vorsitzenden des Social Services Coordination Council's, welcher die Verteilung der ins Land fließenden Entwicklungshilfegelder überwacht und regelt, aufgegeben.

Ende April 1990

Die Regierung erhöht den Betrag für die finanzielle Unterstützung der Familien jener Personen, die im Verlauf der Demokratiebewegung getötet wurden, von jeweils 15.000 auf 20.000 Rupien.

29.4.1990

Für den kommenden Tag werden alle 14 vom König eingesetzten Zonenkommissare (ancaladhis) in die Hauptstadt beordert. Diese sind hauptverantwortlich für die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung und den Einsatz von Polizei und Militär in ihren Zonen. Sie tragen somit auch die Verantwortung für die Polizeiausschreitungen im Verlauf der Demokratiebewegung. Aus Kreisen der Bevölkerung wird die völlige Abschaffung dieses Amtes gefordert.

29.4.1990

Minister Jhala Nath Khanal erklärt auf einem Treffen der 'All Nepal Women's Association' in Kirtipur, daß der Kampf des Volkes für die Verwirklichung voller demokratischer Rechte, einschließlich des Rechts zum Entwurf und zur Änderung der Verfassung, fortgesetzt werde. Er verwies auf das 14-Punkte-Programm der 'United Left Front' und drohte mit seinem Rücktritt vom Ministeramt, "wenn wir nicht die notwendige Kooperation seitens der Bürokratie und der Machtzentren erhalten."

30.4.1990

Der Generalinspekteur der Polizei kündigt an, daß in jedem Stadtbezirk zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung Schutztruppen (Vigilance Groups) gebildet werden sollen, die aus Polizisten und vom 'Nepali Congress' und der 'United Left Front' zu benennenden Freiwilligen bestehen.

Jhala Nath Khanal, der Minister für Forstwirtschaft und Bodenerhaltung weist darauf hin, daß in verschiedenen Landesteilen Personen die Übergangsphase dazu nutzen, um Raubbau an den ohnehin schon dezimierten Wäldern zu betreiben. Er fordert das Volk auf, dazu beizutragen, derartige Maßnahmen zu unterbinden und ein Bewußtsein für die Erhaltung der natürlichen Umwelt zu entwickeln.

1.5.1990

Erstmals wird auch in Nepal der 1. Mai gefeiert. Die Regierung erklärt den Tag zum Tag der Arbeit und zum staatlichen Feiertag für die in der Industrie Beschäftigten. Zahlreiche Arbeiterorganisationen aus dem Umfeld der 'United Left Front' und dem demokratischen Lager veranstalten Kundgebungen in Kathmandu.

2.5.90

Die 'Nepal Journalists' Association' ehrt auf einem Empfang jene 40 Journalisten, die im Verlauf der Demokratiebewegung verhaftet worden waren. Bei dieser Gelegenheit nimmt Premierminister Krishna Prasad Bhattarai zum weiteren Vorgehen seiner Regierung Stellung. Er betont, daß bald eine Kommission mit dem Entwurf einer neuen Verfassung beauftragt würde. Seine Regierung räume der Durchführung freier Wahlen absoluten Vorrang ein. Das zukünftige Wahlalter werde 18 Jahre betragen. Seine Regierung habe das von den Linken vorgelegte 14-Punkte-Programm voll akzeptiert, und der 'Nepali Congress' werde zum Bündnis mit der 'United Left Front' stehen.

Anfang Mai 1990

Die am 6. April gebildete Kommission zur Untersuchung von Ausschreitungen gegen Leben und Besitzstand der Bürger seit dem Beginn der Demokratiebewegung, der die Richter Prachand Raj Anil, Hari Prasad Sharma und Kedar Nath Acharya angehören, wird um zwei Vertreter der Menschenrechtsorganisationen erweitert: Prakash Kaphle, Generalsekretär von FOPHUR, und Kapil Shrestha, HURON. Außerdem wird die Funktionsdauer dieser Kommission von einem auf drei Monate verlängert. In dieser Zeit sollen nun alle Zwischenfälle im Zusammenhang mit der Demokratiebewegung untersucht werden.

10.5.1990

König Birendra bildet ohne Konsultation des Übergangskabinetts eine Verfassungskommission. Dies führt zu massiven Protesten aus dem Parteienlager und dem Volk. Auch innerhalb des Regierungsbündnisses kommt es zu Streitigkeiten über die angeblich ungeschickte Vorgehensweise von Premierminister Krishna Prasad Bhattarai in diesem Zusammenhang.

15.5.1990

König Birendra löst die fünf Tage zuvor von ihm gebildete Verfassungskommission infolge des massiven Drucks aus dem Volk wieder auf. Es heißt, er habe nun alle Verantwortung für die Bildung einer derartigen Kommission in die Hände des Ministerrats gelegt. Außerdem verlautet, daß die Führungsspitze der Universität, die

in der Vergangenheit massiven Protesten der Studenten ausgesetzt war, abgesetzt worden ist.

Die Regierung beschließt, daß neben den staatlichen Zeitungen, 'Gorkhapatra' und 'Rising Nepal', erstmals auch Zeitungen privater Herausgeber von den Regierungsstellen abonniert werden dürfen.

Mitte Mai

Alle Haftstrafen, die unter dem Panchayat-System wegen der Mitgliedschaft in einer verbotenen Partei oder Vereinigung auf der Grundlage des 'Organizations and Associations (Control) Act' ausgesprochen wurden, werden aufgehoben. Gleichzeitig wird allen Gefangenen bei guter Führung ein Viertel der Haftstrafe erlassen.

Ein Flugblatt zirkuliert, in dem eine 'Limbuwan Liberation Front' für den östlichen nepalischen Gebirgsraum einen gesonderten Staat 'Limbuwan' fordert. Dieser solle mit Ausnahme von Währung, auswärtigen Angelegenheiten und Verteidigung volle Autonomie besitzen. Gleichzeitig fordert man die Einführung eines föderativen Systems in Nepal.

20.05.1990

Nepali Congress und United Left Front (ULF) beschließen auf einem gemeinsamen Treffen, entsprechend dem Vorschlag der ULF ein Übergangsgesetz zu schaffen, um alle exekutive und legislative Macht auf die Übergangsregierung zu übertragen.

23.05.1990

Die Regierung bildet eine neue Kommission, bestehend aus drei Richtern, zur Untersuchung der Ausschreitungen im Verlauf der Demokratie- und Menschenrechtsbewegung und ihrer Folgen.

30.05.1990

Auf Empfehlung des Premierministers ernennt König Birendra eine neue, neunköpfige 'Constitution Recommendations Commission'. Sie soll Konsultationen mit den verschiedenen Parteien und Personen, welche die unterschiedlichen Gesellschaftsklassen repräsentieren, führen. Sie soll dann eine Verfassung entwerfen und diese innerhalb von drei Monaten vorlegen. Der Kommission gehört keine Frau an, was vom 'All Nepal National Women's Forum' kritisiert wird.

2.06.1990

Das 'Nepal Tarai Students Democratic Rights Forum' veranstaltet in Kirtipur ein Symposium zu den Problemen der 8 Millionen Menschen in den Tarai-Gebieten. Gore Bahadur Khapangi, einer der Führer der 'Nepal National People's Liberation Front' sagt auf dem Symposium: "In Nepal kontrollieren weniger als zwei Prozent der Bevölkerung aus Brahmanen-, Chetri- und Newarkreisen alle gesellschaftlichen Sphären. Seit Jahrhunderten beuten diese die fruchtbare Tarai-Region und die dort ansässige Madhise-Bevölkerung aus. Sie sind es auch, die die Menschen aus entlegenen Gegenden zu Unberührbaren abgestempelt haben." Die Teilnehmer des Symposiums fordern eine föderative Verfassung.

2.06.1990

Auf einem Symposium der 'Buddhist Youth Group' in Kathmandu wird eine Resolution verabschiedet, daß in Nepal nur dann von wirklicher Religionsfreiheit gesprochen werden könne, wenn Nepal zu einem säkularen Staat erklärt würde. Diese Resolution wird später von einer Delegation dem Premierminister überreicht.

3.06.1990

Finanzminister Dr. Devendra Raj Pandey betont in einem TV-Interview, daß Nepal im derzeitigen Stadium mehr denn je auswärtiger Unterstützung bedürfe. Das Problem sei nur eine möglichst wirkungsvolle Nutzung dieser Hilfe. Weiterhin seien einflußreiche Kommissionäre aktiv, die sich in der Vergangenheit 5-10 % der ausländischen Finanzmittel persönlich angeeignet hätten.

4.06.1990

Auf einer Pressekonferenz in Kathmandu erklärt Dr. Tika Man Vaidya, der Vorsitzende der 'Hindu Religion Protection Organization, Nepal', der einzige Hindu-Staat der Welt dürfe nicht zum säkularen Staat erklärt werden.

4. u. 6.06.1990

Auf einem Treffen, das im Zentralbüro der 'World Hindu Federation' in Kathmandu unter Vorsitz von Achyut Raj Regmi, dem Minister for Housing and Physical Planning, einem der beiden Vertrauten des Königs im Ministerrat, stattfindet, wird beschlossen, eine öffentliche Kampagne zur Unterstützung der Forderung nach einer Erhaltung Nepals als hinduistisches Königreich zu starten. Man behauptet in diesem Zusammenhang, in den vergangenen sechs Wochen nach der Bildung der Übergangsregierung seien 30.000 Nepali zum Christentum übergetreten (siehe auch Beitrag von Ludmilla Tüting in diesem Heft).

Amnesty International veröffentlicht den Bericht eines Untersuchungsteams, das Nepal vom 12.-22. April besucht hat. Die Bildung einer Untersuchungskommission hinsichtlich der Exzesse im Verlauf der Demokratiebewegung wird begrüßt. Ferner unterbreitet AI eine Reihe von Vorschlägen zum dauerhaften und wirkungsvollen Schutz der Menschenrechte in Nepal. Insbesondere wird der Regierung dringend empfohlen, die internationalen Abkommen zu den zivilen und politischen Rechten und die fakultativen Protokolle zu ratifizieren.

6.06.1990

Premierminister K.P. Bhattarai erklärt in einem Interview mit der Zeitschrift 'Nepali', die Übergangsregierung habe nun keinen Druck mehr seitens des Palastes zu befürchten. Die Panchayat-Verfassung sei quasi außer Kraft gesetzt, seit der König alle legislative Macht auf den Ministerrat übertragen habe. Demgegenüber verlangt die Industrie- und Handelsministerin, Frau Sahana Pradhan, auf einem Treffen der 'United Left Front' in Kathmandu die Abschaffung der Panchayat-Verfassung und baldige Schaffung eines Übergangsgesetzes.

7.06.1990

Die Wahlkommission beginnt mit den Vorbereitungen für die Zusammenstellung von Wählerverzeichnissen.

Nepal und die Bundesrepublik unterzeichnen in Kathmandu ein Abkommen über technische und personelle Hilfeleistungen zur Verwirklichung der dritten Phase des 'Small Business Promotion Project's'.

7.-08.06.1990

Die nationale Konferenz des 'Nepal Tamang Bouddha Ghendung' verabschiedet eine Resolution, in welcher die konstitutionelle Berücksichtigung der Tamang-Sprache und anderer Sprachen, eine proportionale Vertretung der ethnischen Gruppen in Parlament und Regierung sowie die Erklärung Nepals zum säkularen Staat gefordert werden.

8.06.1990

Sieben linke Intellektuelle bilden eine neue Gruppe unter dem Namen "Forum for Unity". Ihr Ziel ist es, vier auf Marxismus, Leninismus und Maoismus ausgerichteten Gruppen der Nepal Communist Party, nämlich Mashal-Gruppe, Masal-Gruppe, Fourth Convention und Proletarian Workers' Organization, zu vereinigen. Ähnliche Einigungsbestrebungen deuten sich auf einem Treffen der Varma-Gruppe der Nepal Communist Party in Butwal an. Krishna Raj Varma, der Generalsekretär dieser Organisation spricht von guten Fortschritten bei entsprechenden Verhandlungen mit den Man Mohan-, Tulsi Lal-, Manandhar- und Rohit-Gruppen der Nepal Communist Party. Tulsi Lal Amatya, der Ehrenpräsident der United Left Front, erklärt bei dieser Gelegenheit, weder Sozialismus noch Kapitalismus seien für das heutige Nepal von Nutzen; man müsse sich vielmehr um einen nationalen, demokratischen Weg bemühen.

8.-10.06.1990

Staatsbesuch Premierminister Krishna Prasad Bhattarais in New Delhi auf Einladung des indischen Premierministers: Bereits im Vorfeld des Besuchs deutet sich ein Entgegenkommen beider Seiten in Hinsicht auf die noch immer ungelöste Handels- und Transitproblematik der beiden Länder ab (Details siehe 'Südasiens' Nr. 6/90).

Kritik kommt allerdings aus den Reihen der United National People's Movement (UNPM). Nepal sei durch die Vereinbarungen zu einem geschützten indischen Markt geworden; der Handel mit Drittländern sei beschränkt. Der Bevölkerungsdruck werde noch mehr zunehmen, da Inder nun wieder keine Arbeitserlaubnis benötigten. Darüber hinaus sei Nepals bündnisfreie Außenpolitik gefährdet.

9.06.1990

Die Human Rights Organization of Nepal (HURON) befürwortet auf einem Treffen in Kathmandu die Maßnahmen der Regierung zur Kontrolle antisozialer Aktivitäten reaktionärer Kräfte. Gleichzeitig fordert man aber, eine klare Trennungslinie zwischen derartigen Aktivitäten und legitimen demokratischen Aktivitäten politischer Parteien, Organisationen und Einzelpersonen zu ziehen.

Auf der Abschlußveranstaltung einer Religionszeremonie der 'Shri Krishna Pranami Vishva Yuva Samanvaya Samiti'

in Kathmandu droht Achyut Raj Regmi, einer der beiden Vertrauten des Königs in der Übergangsregierung, mit einem Hungerstreik, falls die neue Verfassung keine Vorkehrungen für die Beibehaltung Nepals als Hindu-Königreich enthalte.

Auf einer Veranstaltung der 'All Nepal National Independent Students' Union' (ANNISU) in Kathmandu fordert Mohan Chandra Adhikari, ein Führer des marxistisch-leninistischen Flügels der Nepal Communist Party, die neue Verfassung solle die Rechte und Interessen aller Bevölkerungsklassen schützen. Radha Krishna Mainali, ein anderer Führer dieser Partei erklärte, seine Partei sehe es unter den gegebenen Umständen nicht als praktikabel an, die durchaus demokratische Forderung einer verfassungsgebenden Versammlung durchzusetzen.

10.06.1990

Auf einer Konferenz der 'Sanatana Dharma Seva Samiti' wird einstimmig die Resolution beschlossen, Nepal müsse auch unter der neuen Verfassung ein Hindu-Staat bleiben.

11.06.1990

Auf Vorschlag des Premierministers hebt König Birendra die wegen religiöser Vergehen ausgesprochenen Gefängnisstrafen auf und ordnet an, die laufenden Verfahren einzustellen. Nach Angaben des Innenministeriums werden am 15. Juni 12 Personen, 11 Christen und ein Moslem, aus Gefängnissen in Kathmandu, Dhankuta, Morang und Okhaldhunga entlassen. 20 der laufenden Verfahren werden eingestellt; weitere Einstellungen sollen folgen.

Die 'World Hindu Federation' protestiert massiv gegen diese Amnestie, weil sie das Recht unterwandere und die Gefühle von 95 % der nepalischen Bevölkerung sowie von Millionen von Hindus in der ganzen Welt verletze. Man fordert daher die Regierung auf, ihre Entscheidung zurückzunehmen.

12.06.1990

Massenveranstaltung der United Left Front in Kathmandu: Ihre Führer fordern in ihren Reden die sofortige Abschaffung der Panchayat-Verfassung und die Einführung eines Übergangsgesetzes zur Sicherung der durch die Demokratiebewegung errungenen Rechte des Volkes.

12.-13.06.1990

Auf einem Konvent der 'National Suppressed People' in Lalitpur werden besondere Möglichkeiten für eine weitreichende politische Beteiligung der rückständigen und unterdrückten Klassen sowie eine Reservierung von Ausbildungsplätzen und Stellen im öffentlichen Dienst, in der Armee und der Polizei gefordert. Außerdem verlangt man Religionsfreiheit und die Erklärung Nepals zum säkularen Staat.

14.06.1990

Auf einem Symposium in Kathmandu fordert Gesundheitsminister Prof. Dr. Mathura Prasad Shrestha, der Vorsitzende des 'Forum for Protection of Human Rights', die neue Verfassung dürfe keiner Religion oder Sprache

einen besonderen Status einräumen.

In Kathmandu wird die 'Women's Democratic Party' unter dem Vorsitz von Frau Kishori Acharya gegründet.

Der amerikanische Kongress verabschiedet eine Resolution, in welcher die Unterstützung Premierminister Krishna Prasad Bhattarais bei seinem Bemühen um eine Sicherung der Vielparteiendemokratie in Nepal zum Ausdruck gebracht wird. Die Zeitschriften 'Samaj' und 'Arati' verurteilen jedoch die Forderung des Kongresses, die Missionierung in Nepal zu gestatten, als Einmischung in nepalische Angelegenheiten.

16.06.1990

Vishwa Nath Upadhyaya, der Vorsitzende der 'Constitution Recommendation Commission' erklärt auf einem Symposium in Kathmandu, die neue Verfassung werde vollkommen demokratisch sein und dem Volk die Grundrechte garantieren. Sie werde eine Regierung vorsehen, welche den gewählten Vertretern des Volkes gegenüber verantwortlich sei, und eine unabhängige Gerichtsbarkeit. Fragen der Religion, der Kaste oder der Region müßten außen vorbleiben.

17.06.1990

Das Politbüro der NCP (Marxist-Leninist) begrüßt grundsätzlich die Normalisierung des indisch-nepalischen Verhältnisses durch die Übergangsregierung. Gleichzeitig fordert man aber eine völlige Überarbeitung des indisch-nepalischen Verhältnisses und kritisiert einige der getroffenen Vereinbarungen: Durch die Hervorhebung des indischen Sicherheitsinteresses werde die Unabhängigkeit Nepals in Frage gestellt. Die Abschaffung der Arbeitserlaubnis werde negative Auswirkungen auf die Bevölkerung und die Beschäftigung in Nepal haben. Indien habe sicherlich in mancher Hinsicht einen guten Willen gezeigt, doch entscheidend sei, daß indische Güter nun wieder den nepalischen Markt dominieren würden. Es sei ein besorgniserregendes Zeichen von Schwäche, daß diesen Problemen keine Aufmerksamkeit geschenkt wurde.

18.06.1990

Einige der seit 23.03.1989 geschlossenen Grenzübergänge werden wieder geöffnet. Gleichzeitig verkündet das Department of Labour, daß indische Bürger in Zukunft keine Arbeitserlaubnis mehr bedürfen, wie dies in den drei Distrikten des Kathmandutals seit dem 13.4.1987 erforderlich war. Madhav Kumar Pokharel, der Vorsitzende der 'Nepal Democratic Independent Workers Association' sieht als Folge dieser Maßnahme, daß Hunderttausende Nepali jetzt gezwungen würden, auf Arbeitssuche ins Ausland zu gehen. Die Entscheidung sei daher ein Rückschlag für das nepalische Selbstwertgefühl.

Mitte Juni 1990

Gore Bahadur Kaponge, der Generalsekretär der 'Nepal National People's Liberation Front', legt der Verfassungskommission ein 21-Punkte-Memorandum vor. Darin heißt es u.a., Nepal solle eine föderative Regierung mit autonomen Distrikten, deren Grenzen nicht durch

die Topographie des Landes sondern durch die ethnischen Siedlungsgebiete zu bestimmen seien, erhalten. Die ethnischen Gruppen sollten proportional zu ihrem Bevölkerungsanteil in der föderativen Regierung und den Distriktregierungen vertreten sein. Nepal solle zum säkularen Staat ernannt werden, die Kuh dürfe nicht das Nationaltier Nepals bleiben. Nepali dürfe nicht zur Nationalsprache erklärt werden; vielmehr müßten die Sprachen, Religionen und Kulturen aller ethnischen Gruppen gleichbehandelt werden. Ferner müsse es eine eindeutige Trennung von Exekutive, Legislative und Judikative geben.

20.06.1990

Es soll nun mindestens 15 kommunistische Gruppen in Nepal geben, darunter 11 Splittergruppen der Nepal Communist Party, nämlich die Manandhar-, Amatya-, Varma-, Marxist-, Shambhuram-, Harihar Jung Shah-, Marxist-Leninist-, Masal-, Mashal-, Fourth Convention- und Sixth Convention Groups der der NCP sowie die Nepal Peasants and Workers Organization, die Nepal Marxist-Leninist Party, die Proletarian Workers' Organization und die People's Communist Party (siehe auch Kasten: Wichtige politische Parteien).

21.-23.06.1990

Premierminister K.P.Bhattarai eröffnet in Kathmandu eine nationale Konferenz der 'Nepal Bar Association' (NEBA) zur neuen Verfassung. Er betont, die neue Verfassung müsse die Entwicklung demokratischer politischer Parteien, die Souveränität und Vormachtstellung des Volkes, Religionsfreiheit und die grundlegenden Menschenrechte garantieren. Es werde eine strikte Machtteilung zwischen Exekutive, Legislative und Judikative geben.

22.06.1990

Vertreter von 32 Gruppen der Buddhisten, Tamang, Sherpa, Tharu, Sunuwar, Kirat und anderer ethnischer Gruppen marschieren in einer Prozession zum Büro der Verfassungskommission, wo sie ein von 10.780 Personen unterzeichnetes Memorandum vorlegen, in welchem gefordert wird, Nepal zu einem säkularen Staat zu erklären.

23.06.1990

In Kreisen der 'Royal Nepali Army' wird ein Rundschreiben des militärischen Hauptquartiers verbreitet, in welchem die Armeeeinheiten aufgefordert werden, folgende Empfehlungen an die Verfassungskommission zu richten: "Seine Majestät soll Supreme Commander-in-Chief Feldmarschall der 'Royal Nepali Army' bleiben. Die Souveränität muß in den Händen Seiner Majestät liegen, dem auch die Kontrolle der Armee obliegen soll. Das Amt des Commander-in-Chief soll wie bisher verfassungsmäßig verankert sein, und Ernennungen zu diesem Amt sollten durch Seine Majestät erfolgen. Die 'Royal Nepali Army' verehrt traditionell die Gottheiten Mahadeva und Kali, und in allen Kasernen werden Hindu-Zeremonien durchgeführt. Daher muß Nepal ein Hindu-Staat bleiben." Bishwanath Upadhyaya, der Vorsitzende der Verfassungskommission, erklärt später in einem Interview des Samaloshana (9. Juli), die Kommis-

sion habe weder die Armee noch sonst jemanden um Vorschläge gebeten, sondern lediglich jene Anregungen entgegengenommen, die man an sie herangetragen habe. Seiner Meinung nach sollten Armee und Polizei nicht einer Einzelperson gegenüber verantwortlich sein.

28.06.1990

Die Zeitschrift 'Arati' erhebt die Beschuldigung, es finde eine gefährliche Verschwörung statt, die darauf abziele, Nepal zum säkularen Staat zu erklären. Hinter dieser Verschwörung ständen jene 57 oder 58 christliche Missionsorganisationen, die zur Zeit in Nepal arbeiteten. Zu diesen zählten die United Mission to Nepal, Red Barna, Action Aid, Lutheran World Service, SAP und Care/Nepal, welche von Kirchen und religiösen Organisationen in Europa, den USA und Kanada finanziert würden und die direkt oder indirekt in missionarische Aktivitäten in Nepal verwickelt seien. Vertreter dieser christlichen Organisationen hätten kürzlich ein geheimes Treffen in Kathmandu abgehalten, auf welchem man beschlossen habe, die Säkularismuspropaganda zu finanzieren. Es seien bereits 1,8 Millionen Rupien zu diesem Zweck gezahlt worden. Die Christen hätten auch buddhistische Führer für ihre Sache gewonnen. Ferner hätten die Christen 1,2 Millionen Rupien an kommunistische Rechtsanwälte gezahlt, damit sich diese auf der jüngsten nationalen Konferenz der 'Nepal Bar Association' für den Säkularismus einsetzten.

Beginn eines zweitägigen Seminars zum Schutz der Rechte der Kinder in der angestrebten Verfassung, organisiert vom 'Nepal Centre for Women and Children Affairs' (ACWCA) mit Unterstützung von UNICEF.

29.06.1990

Unter Vorsitz von Finanzminister Devendra Raj Pandey treffen sich in Kathmandu Vertreter von Geberorganisationen aus Österreich, Dänemark, Deutschland, Finnland, Frankreich, Großbritannien, Italien, Japan, Kanada, Niederlanden, Schweiz, USA sowie von World Bank, Asian Development Bank, IMF, UNDP, UNICEF und World Food Program zur Besprechung der augenblicklichen Wirtschaftslage Nepals. Der Finanzminister betont die katastrophale Wirtschaftslage, welche die Panchayat-Regierung hinterlassen habe. Davon seien alle Wirtschaftssektoren betroffen. Über allem liege der enorme Druck auf Umwelt und ökologisches Gleichgewicht.

30.06.1990

10.000 Buddhisten und Angehörige ethnischer Gruppen demonstrieren in Kathmandu für einen säkularen Staat. 310 Institutionen sollen an dieser Demonstration teilgenommen haben.

Radio Nepal sendet wieder Nachrichten in Hindi und Newari. Bereits von 1951 bis 1965 hatte es derartige Nachrichtensendungen gegeben.

Anfang Juli 1990

Tulsilal Amatya, der Ehrenvorsitzende der United Left Front, erklärt auf einer Veranstaltung in Belbari, Morang-Distrikt, die Kommunisten hätten die Möglich-

keit, die künftige Regierung zu bilden, wenn sie ge-
eint die kommenden Wahlen bestritten. Es gehe das
Gerücht um, der Nepali Congress verteilte 300 Rupien
pro Familie, um Stimmen zu kaufen.

1.07.1990

Der 'Gorkhapatra' ergreift in einem erzkonservativen
Kommentar Stellung für das traditionelle Königtum.
Darin heißt es u.a.: "Heute ist die Monarchie in Nepal
zu einer kontroversen Institution geworden. Politische
Führer bezeichnen das Symbol der nationalen Einheit
als antidemokratisch. Es heißt, die Souveränität liege
beim Volk, aber diese Theorie wird das Volk nur dem
Despotismus einer Einparteienmehrheit aussetzen. Unsere
Geschichte und Tradition haben verfügt, daß die Souve-
ränität nur dann gesichert ist, wenn sie bei dem Symbol
der nationalen Einheit liegt. Wir dürfen die Nation nicht
für Demokratie und Menschenrechte aufs Spiel setzen. Eine
konstitutionelle Monarchie bedeutet nicht die Kürzung der
Macht, sondern die Garantie der konstitutionellen Macht-
ausübung".

2.07.1990

Die Zeitung 'Gandiv' berichte, in den vergangenen Wo-
chen seien in den Distrikten Dhading, Gorkha, Lamjung,
Tanahun, Kaski, Palpa, Bara, Parsa und Jhapa mehr als
50.000 Menschen zum Christentum konvertiert worden. Be-
richten der Zeitung 'Janajagriti' sind allein in Dhading
48.000 Personen an einem einzigen Tag durch finanzielle
Anreize zum Übertritt bewegt worden.

Auf einer Konferenz des 'Chamber of Commerce' wehrt
sich Premier Bhattarai gegen die Vorwürfe, seine
Vereinbarungen mit der indischen Regierung machten
Nepal zu einem indischen Markt. Eher sei es das Ziel,
Indien zu einem nepalischen Markt zu machen. Notfalls
werde seine Regierung Schutzmaßnahmen für lokale In-
dustrien einleiten. Gemeinschaftsunternehmen seien
notwendig, um den Export nach Indien anzukurbeln. Nun
flößen allmählich nepalische Produkte auf den indi-
schen Markt. Als ein erstes Ergebnis könnten die Bauern
der westlichen Entwicklungsregion faire Preise für ihre
Produkte erzielen. Die Einfuhr indischer Produkte för-
dere den Wettbewerb auf dem nepalischen Markt. Der
Premierminister fordert die nepalischen Unternehmer
auf, selbst wettbewerbsfähiger zu werden, anstatt
ständig staatliche Schutzmaßnahmen zu fordern.

3.07.1990

Die Nepal Journalists Association veranstaltet ein
Kolloquium zum Entwurf der neuen Verfassung. Dort er-
greifen auch einige Vertreter der 'Nepal Bar Associa-
tion' das Wort. Deren Vorsitzender, Basudev Dhungana,
fordert, die Änderungen der Grundrechte und die Frei-
heit der Gerichte in einer öffentlichen Debatte zu
diskutieren. Kusum Shrestha bezeichnet die Souveränität
der Nation als die Grundlage der Verfassung. Die Rechte
des Staates müßten in den Händen des Volkes und nicht
in denen des Königs liegen. Es sei auch sehr bedenklich,
daß in Armee- und Polizeikreisen geheime Rundschreiben
zirkulierten, in welchen für einen souveränen Monarchen
plädiert werde.

4.07.1990

Die von Padma Bahadur Budhathoki geleitete 'All Nepal
Purification Peasants Organization' unterbreitet Pre-
mierminister Krishna Prasad Bhattarai einen Forderungs-
katalog: Die Landbesitzrechte sollten auf die Bearbeiter
der Felder übertragen werden, den landlosen Bauern sollte
Ackerland zugewiesen werden, die Guthi-Ländereien sollten
verstaatlicht und im Namen der Pächter registriert werden,
auf die Rückzahlung von Bankkrediten unter 10.000 Rupien
sollte verzichtet werden und es sollte eine Düngemittel-
fabrik in Nepal errichtet werden.

Der Nepali Congress lehnt ein Übergangsgesetz bis zur
Verabschiedung der neuen Verfassung endgültig als über-
flüssig ab. Wenn die linken Gruppen weiterhin auf einem
derartigen Gesetz beharrten, könne ein Auseinanderbre-
chen der Regierungskoalition nicht mehr ausgeschlossen
werden.

6.07.1990

Im Nirmal Niwas, der Residenz des jüngeren Bruders von
König Birendra, Gyanendra, findet ein geheimes Treffen
statt, an dem u.a. Mitglieder der Königsfamilie teil-
nehmen. Sie sind offensichtlich wegen des öffentlichen
Bekennnisses des Königs zur konstitutionellen Monarchie
beunruhigt. Das Vielparteiensystem bedeute eine Gefahr
für sie, den König, das Land und die königliche Familie.
Prinz Gyanendra soll wörtlich gesagt haben: "Don't
worry, things will be all right soon!"

10.07.1990

Auf Vorschlag des Ministerrats setzt König Birendra
eine Reihe von Artikeln der Panchayat-Verfassung außer
Kraft. Jene Artikel der Verfassung, welche König Biren-
dra jedoch die absolute Macht und Souveränität zuerken-
nen, bleiben nach wie vor in Kraft.

11.07.1990

Die 'Constitution Recommendations Commission' teilt
mit, daß 6.000 Vorschläge für die neue Verfassung ein-
gegangen seien. Die endgültige Zahl könne sich jedoch
noch auf 8.000 erhöhen.

12.07.1990

Amnesty International bittet Premierminister Krishna
Prasad Bhattarai in einem Memorandum, eine langfristige
Initiative zur Garantierung der Menschenrechte in Nepal
zu starten. Nepal solle sich auch dem UN-Abkommen gegen
Folter anschließen, den zweiten alternativen Vertrag
zur weltweiten Abschaffung der Todesstrafe unterzeichnen
und die zwölf im Zusammenhang mit den Bombenanschlägen
von 1985 noch inhaftierten Personen freilassen. AI be-
klagt außerdem, das nepalische Recht ermögliche es den
Opfern nicht, gerichtlich gegen Foltermaßnahmen vorzu-
gehen. Die Gefängnisse sollten von einer unabhängigen
Institution überwacht werden, und die Familien der In-
haftierten sollten umgehend über die Umstände der Ver-
haftungen informiert werden.

Die United Left Front betont auf einem Treffen in Kath-
mandu noch einmal die Notwendigkeit einer Übergangs-
verfassung. Solange es kein Übergangsgesetz gebe, werde

die Regierung durch Dekret in Nepal fortgesetzt.

Die National Democratic Party (Thapa) beklagt, daß die angekündigte Preisreduzierung für Bedarfsgüter nicht als ein Slogan gewesen sei. Die Regierung habe sich als unfähig erwiesen, die Preise zu kontrollieren.

Finanzminister Dr. Devendra Raj Pandey präsentiert einen Ergänzungshaushalt für das Jahr 1989-90 über insgesamt etwa 700 Millionen Rupien. Trotz einer Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion sei dieser Nachtrag notwendig, da sich das Bevölkerungswachstum und der Handelskonflikt mit Indien besonders nachteilig ausgewirkt habe.

12.-13.07.1990

Die 'Lawers' Association of Women' (LAW) und der 'Nepal Centre for Women and Children Affairs' (NCWCA) veranstaltet gemeinsam ein Seminar zum Schutz der Frauenrechte in der neuen Verfassung. Die Ministerin für Industrie und Handel, Frau Sahana Pradhan, beklagt in ihrer Eröffnungsansprache das trostlose Schicksal der nepalischen Frauen in den vergangenen 30 Jahren und betont die Rolle, welche Frauen in der Demokratiebewegung gespielt haben.

13.07.1990

Über Rundfunk und Fernsehen verkündet Finanzminister Pandey den neuen Haushalt für das Jahr 1990-91. Er sieht eine Steigerung von ca. 1,7 Milliarden Rupien gegenüber dem Vorjahreshaushalt auf insgesamt 19,8 Milliarden Rupien vor. Hiervon sind rund 10 Milliarden durch das Steueraufkommen und weitere 2,5 Milliarden durch auswärtige Hilfsleistungen gedeckt. Das verbleibende Haushaltsdefizit von 7,1 Milliarden Rs. soll durch ausländische und inländische Anleihen gedeckt werden.

14.07.1990

Der indische Botschafter in Nepal, S.N. Sinha erklärt, Nepal könne keine gleichen Beziehungen zu Indien und China unterhalten. Indien habe in jedem Bereich ein besonderes Verhältnis zu Nepal.

16.07.1990

Alle Büros der Zonal Commissioners werden aufgelöst. Das Inventar wird den jeweiligen Distriktverwaltungen übergeben. Die offiziellen Dokumente werden an die betroffenen Ministerien geschickt.

17.07.1990

Die Wochenzeitung Matribhumi wendet sich in dem Artikel "Nepal: A Man Selling Nation" mit dem Problem des Menschenverkaufs nach Indien an die Öffentlichkeit. Diese Praxis sei durch die bewußte Mißachtung des Schmuggels seitens der abgesetzten korrupten Regierung gefördert worden. Selbst soziale Organisationen seien in den Menschenhandel verwickelt gewesen. Auch die neue Regierung könne sich nicht von der Verantwortung freisprechen, da die korrupten Beamten der alten Regierung immer noch im Amt wären. Betroffen vom Menschenhandel sind vor allem Mädchen, Jugendliche und Kinder. Diese

werden unter dem Vorwand der Arbeitsvermittlung an Bordellen in Indien verkauft. Besonders schmerzlich sei, daß man immer noch keine Maßnahmen gegen diese Praxis eingeleitet habe. Erst kürzlich hatte Rajaram Singh Thapa einen privaten Untersuchungsbericht vorgelegt, den er seit 1979 erstellt hatte. Demnach sind mehr als 86.000 nepalische Mädchen an 200 Bordelle in diversen indischen Städten verkauft worden. Die Untersuchungen in 71 nepalischen Distrikten hätten ergeben, daß besonders viele Mädchen aus dem Nuwakot-Distrikt stammten. R.S. Thapa hat die Namen aller 86.000 Frauen sowie die ihrer Entführer in einem 6.100 Seiten umfassenden Bericht gesammelt und diesen bereits 1986 der damaligen Panchayat-Regierung vorgelegt, die allerdings kein Interesse gezeigt habe.

27.07.1990

Auf einer öffentlichen Veranstaltung in Bhaktapur teilt Nirmal Lama, der Führer der Nepal Communist Party (Fourth Convention), mit, er sei aus der Verfassungskommission zurückgetreten (er zog ihn einige Tage später wieder zurück). Als Grund gab er an, er glaube zwar daran, daß der Verfassungsentwurf völlig demokratisch sein werde, zweifle jedoch daran, daß der König ihn in dieser Form akzeptieren werde.

Eine Delegation unter Leitung von Radha Krishna Mainali wird bei Premier Bhattarai vorstellig und verlangt die Suche nach allen als vermißt geltenden Personen sowie die Freilassung aller politischen Gefangenen.

Zur Überwachung der Verbraucherpreise und der Versorgungslage wird ein Preiskontrollkomitee gebildet.

28.07.90

Premier Bhattarai erklärt, der Entwurf der neuen Verfassung werde innerhalb eines Monats vorliegen. Die Verfassungskommission ist jedoch weiterhin nicht in der Lage, sich auf einen Termin für die Fertigstellung festzulegen. Das Volk weiß nicht, auf welche Weise die Verfassung entworfen und wo sie zur Zustimmung vorgelegt wird.

30.07.90

In politischen Kreisen der nepalischen Bevölkerung wächst die Sorge über die zunehmende Uneinigkeit im Regierungslager. Nepal brauche zumindest noch für einige Jahre das Bündnis von Nepali Congress und Linksparteien.

01.08.90

Premier Bhattarai kündigt eine Auslandsreise an, die ihn in die USA und in einige westeuropäische Länder führen wird. Ziel soll der Ausbau der Beziehungen nach dem politischen Wandel in Nepal sein.

02.08.90

Die United Left Front veröffentlicht eine Erklärung, in der der Koalitionspartner kritisiert wird. Darin heißt es u.a.: "Obgleich im Prinzip die gegenwärtige Übergangsregierung eine Koalition von Nepali Congress

und United Left Front ist, sind falsche Arbeitsschritte und Aktionen unternommen worden, die dem Prinzip einer Koalition entgegenstehen. Führer des Congress haben negative Erklärungen abgegeben, welche im Gegensatz zu jenem Verständnis stehen, welches von beiden Seiten im Verlauf der Demokratiebewegung geschaffen worden ist...".

Infolge des nun schon wochenlangen Arbeitskampfes der Industriearbeiter wegen der unzureichenden Gehaltserhöhungen haben zahlreiche Industriebetriebe im Tarai die Produktion einstellen müssen, darunter auch solche, die Reis, Linsen und Öl produzieren. Die ohnehin niedrigen Gehälter der Arbeiter waren um 23 Prozent erhöht worden, die der unteren Beamten jedoch um 39 Prozent. In der Bevölkerung macht sich zunehmend Unzufriedenheit über den anhaltenden Preisanstieg breit. Die erwartete Verbesserung nach dem Abkommen mit Indien ist bisher nicht eingetreten. Preise für Grundnahrungsmittel sind danach sogar noch weiter angestiegen. Einige politische Parteien haben deshalb bereits zu Demonstrationen aufgerufen.

Die Wahlkommission teilt mit, daß Parlamentswahlen Mitte April 1991 stattfinden sollten, falls die neue Verfassung zeitgerecht verabschiedet würde. Zur Zeit sind landesweit 10.000 Beamte damit beschäftigt, die Namen der Wahlberechtigten zu sammeln und in Computer-

listen zu erfassen. Voraussichtlich wird es bei den Wahlen um 225 Sitze im Unterhaus gehen.

03.08.90

Ganesh Man Singh, Führer des Nepali Congress, erklärt, König Birendra habe sich zur konstitutionellen Monarchie bereiterklärt. Daher sollte so wenig wie möglich unternommen werden, was seine Gefühle verletzen könnte. Auf einer von der 'Nepal-China Friendship Association' aus Anlaß des 35. Jahrestages der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen beiden Ländern organisierten Veranstaltung spricht Premier Bhattarai von einer stetigen Verbesserung der gemeinsamen Beziehungen auf den Gebieten der Industrie, des Tourismus und der wirtschaftlichen und kulturellen Sektoren.

05.-07.08.90

Der indische Außenminister, I.K. Gujral, kommt zu einem offiziellen dreitägigen Besuch nach Nepal. Im Verlauf dieses Besuchs wird u.a. vereinbart, daß zu den bereits bestehenden drei Grenzübergängen in Sunauli, Birganj und Kakarvitta noch die drei in Banbasa, Gauriphanta und Nepalganj für den Grenzübertritt ausländischer Touristen freigegeben werden sollen. Der Minister überreicht ferner einen Scheck in Höhe von 1,68 Millionen Rupien. Das Geld soll den Opfern der Demokratiebewegung zugute kommen.

(Zusammenstellung: Karl-Heinz Krämer)

NEPAL'S NEUE PARTEIENLANDSCHAFT —Gefahr in der Zersplitterung—

Die Parteienlandschaft Nepals wird immer unübersichtlicher. Viele sehen in der Zersplitterung auch eine Gefahr. Eine Zusammenstellung der derzeitigen Parteienlandschaft von Ludmilla Tüting.

Inzwischen gibt es fast 40 Parteien im Königreich, selbst eine Frauenpartei ist darunter. Die Situation ist nicht nur für Außenstehende verwirrend, sondern auch für Nepalis. Besonders erschwerend ist die Tatsache, daß viele Parteien denselben Namen tragen. Abgewanderte Fraktionen, die eigene Parteien gründeten, behielten jeweils den Namen und ergänzten ihn lediglich durch ihre Richtung oder ihre Führer.

Zur schnellen Orientierung hier nun ein Überblick über die wichtigsten Parteien, wobei die im Englischen unterschiedlichen Schreibweisen und wichtige VertreterInnen zur besseren Identifizierung mitaufgeführt sind.

Durch den erfolgreichen Volksaufstand im Frühjahr 1990 wurde der König gezwungen, das Verbot der politischen Parteien am 8. April kurz vor Mitternacht aufzuheben. Wahlen sollen im April 1991 stattfinden. Bis dahin versucht eine Übergangsregierung aus 'Nepali Congress'

(NC) und der Vereinigten Linksfront ('United Left Front/ULF'), die neugewonnene Demokratie zu stärken.

Die ULF besteht aus sieben kommunistischen Parteien. "Kommunistisch" ist dabei unbedingt in einem spezifisch nepalischen Kontext zu verstehen und nicht mit "stalinistisch" gleichzusetzen, wenngleich es unter den kommunistischen Splitterparteien außerhalb der ULF auch Fundamentalisten gibt. Nach unserem Verständnis ist das jetzige Regierungsbündnis bei rot-grün bis links einzustufen.

NEPALI CONGRESS (NC)

1950 als Zusammenschluss von zwei Parteien gegründet. Der charismatische Führer B.P. Koirala starb 1982 nach langen Jahren im Exil und in Haft. Nachfolger wurde B.K. Bhattarai, der jetzige Premierminister (PM).

NEPALI NATIONAL CONGRESS

1949 - bereits vor dem oben aufgeführten Zusammenschluss - abgespalten. Führender Kopf: Dr. Dilli Raman Regmi.

NEPAL COMMUNIST PARTY (CPN oder NCP)

1949 gegründet, u.a. von Man Mohan Adikari und dem inzwischen verstorbenen Puspa Lal, dessen Witwe Sahana Shrestha heute Ministerin ist.